

Volksgruppennationen im föderalen Mehrvölkerstaat statt Ein-Staatsvolk-Suprematie im zentralistischen Nationalstaat.

Nachlese des Internationalen Seliger-Treffens vertriebener Sozialdemokraten und Sozialisten in Hof/Saale 1967

Der Volksgruppenpolitiker Josef Seliger
Das Brünner Nationalitätenprogramm
Subjektive Rückschau
Worum ging es 1967 bei den Seligern?
„nach Europa“ und weg vom Territorialnationalismus
„Erbe und Auftrag“ der SPD
Ollenhauer/Brandt/Wehner: „Verzicht ist Verrat!“
Godesberger Programm und Demokratischer Sozialismus
Vertreibungen deutscher und anderer europäischer Völker
„Deutschland in den Grenzen von (...)“
Kontext der Sudetendeutschen Frage
Zur territorialen Aufteilung Österreich-Ungarns
Volksgruppenprobleme nationalstaatsterritorial unlösbar
Koexistenz-Konkretisierung und ethnische Homogenisierung
Volksgruppen-Avantgardismus und Transformation einer Nachkriegsfrage

Rückschau auf eine Tagung von Heimatvertriebenen unweit der ehemaligen Demarkationslinie. Mit flüchtigem Augenkontakt mag sowas dem Charme von streßfaktorfreiem Alteisenschrott ähneln: Trashed. Was soll da noch dran sein? Volksgruppenprobleme, im Kalten Krieg mit dem despektierlichen Etikett „völkisch“ abqualifiziert, erobern sich sachte wieder einen Platz auf der politischen Agenda. Links? Rechts? Tertium datur. Ich halte es für fair, die durch leidvolle Erfahrungen motivierte Forerunner-Kreativität und den Volksgruppen-Avantgardismus in ihrem Konzept autonomer Volksgruppennationen, an das Sprecher des Seliger-Bundes vor einem halben Jahrhundert vergeblich anknüpfen wollten, als aktuellen Beitrag zur staatsterritorial übergreifenden Politik europäischer Nationalakteure aufzufassen. Wenngleich hartnäckige Mentalitätsbarrieren seitens der Nationalstaats-Fetischisten in weiten Teilen Europas dagegen existieren. Mission impossible? Hier geht es um suprematiefreie, suprematie-überwindende Volksgruppenpolitik und nicht um suprematiegeile Dominanz des jeweiligen One-and-Only-Staatsvolks. Allmählich dürfte sich diese Alternative herauskristallisieren: Ein-Staatsvolk-Suprematien im Europa restaurativ-repressiver Vaterländer oder autonom-körperschaftliche Volksgruppennationen und Solidargemeinschaften im europäisch-föderalen Vielvölkerstaat? Europa, quo vadis?

Der locker geknüpfte *Seliger*-Bund vertriebener, deutschsprachiger Sozialdemokraten und parlamentarisch-demokratisch ausgerichteter Sozialisten aus den Arealen des Sudetenlands, d.h. der sozialdemokratische Gesinnungsbund vertriebener Deutsch-Böhmen und Deutsch-Mähren im Ausland, ist nach dem böhmisch-österreichischen Reformsozialisten, Sozialdemokraten und Volksgruppenpolitiker Josef Emilian **Seliger** benannt; geb.16.2.1870 im böhmischen Schönborn (Krasná Studánka) bei Reichenberg, gest.18.10.1920 in Teplitz-Schönau (Teplice-Šanov).



Bild: Josef Seliger ca. 1910, zit. nach

commons.wikimedia.org/wiki/File:ÖNB_9999486,_Josef_Seliger.jpg

Josef Seliger war 1907 bis 1918 gewählter Abgeordneter im mehr oder weniger bedeutungslosen k.u.k.- Reichsrat (Parlament) für den Wahlkreis Teplitz-Land, danach SDAP-Mitglied der Provisorischen Nationalversammlung Deutschösterreichs (21.10.1918–16.02.1919). Im August 1919 wurde er beim Gründungsparteitag zum ersten Vorsitzenden der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik gewählt und im April 1920 zum DSAP-Fraktionsführer in der Nationalversammlung: im Tschechoslowakischen Parlament in Prag. Die DSAP hatte 44 Prozent der deutschen Stimmen errungen. Ein Vergleich mit der heutigen SPÖ oder SPD würde wohl in mehrfacher Hinsicht hinken. Der Seliger-Bund bzw. die Seliger-Gemeinde ist 1951 in Oberbayern auf e.V.-Basis als eigenständige Organisation sudetendeutscher Sozialdemokraten im Ausland gegründet worden. 1967 umfaßte der westdeutsche Seliger-Bundesverband noch 24000 Mitglieder; Daneben existierten Auslandsgruppen und Treuegemeinschaften in mehreren europäischen Ländern und viele Mitglieder verstreut in Übersee. Davon über tausend in Großbritannien und etwa gleichviel in Kanada.

Das Brüner Nationalitätenprogramm von 1899

Spätestens seit dem 1899er Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie im mährischen Brünn (Brno) läßt sich belegen, daß sich Josef Seliger pro ethnische Föderalisierung aller Territorien der österreich-ungarischen Doppelmonarchie und für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen im Sinne autonomer, körperschaftlich verfaßter Volksgruppennationen im verfassungskonstituierten Rahmen eines eher dezentral, jedenfalls nicht straff zentralistisch konstituierten Bundesstaates/Vielvölkerstaates einsetzte. Ohne Sezessionsgelüste. Die

deutschen Sozialdemokraten der Donaumonarchie waren plurinational und transnational ausgerichtet, im deutlichen Unterschied zu ihren mono-nationalen oder nationalistischen Konkurrenten. Dieser Fokus auf angestammte, legitime Volksgruppen-Nationen in Kooperation und Konkurrenz mit anderen legitimen Volksgruppennationen sollte keinesfalls mit einem konzeptionslosen Multikulti oder Laisser-faire gegenüber massenhaft illegal eingeschleusten Migrant*innen verwechselt werden. Den volksgruppenpolitischen Ansatz hat Josef Seliger situationsentsprechend umrissen, begrenzt aufs nationenübergreifend pragmatisch in Österreich-Ungarn optional Machbare. Das Brünner Nationalitätenprogramm von 1899 wurde von Viktor Adler (1852-1918) und vom Parteitagreferenten Josef Seliger im Hinblick auf die Akzeptanzfähigkeit im k.u.k.-Mehrvölkerstaat integrationistisch und innerparteilich mehrheitsfähig rundformuliert. Sogar die Zweckmäßigkeit einer Vermittlungssprache (Lingua franca, Verkehrssprache, Transfersprache) wurde mit zum Argument gemacht. Man versuchte wohl indirekt auf die in Böhmen schwer umzusetzende Badenische Sprachenverordnung (5.4.1897 <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=lbo&datum=1897&page=67&size=45>) zu antworten. Amtssprachen der Donaumonarchie waren: Deutsch, Ungarisch, Tschechisch, Slowakisch, Polnisch, Italienisch, Slowenisch, Kroatisch, Serbisch, Rumänisch und Ukrainisch. Kommando-Sprache beim Militär war Deutsch. Hier der Wortlaut des Brünner Nationalitätenprogramms von 1899:

„Da die nationalen Wirren in Österreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Äußerung hindern, erklärt der Parteitag:

Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Österreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen;

sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeinwesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Worte kommen;

die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Österreich ist nur möglich auf Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muss vor allem anderen jeder

bürokratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder bekämpft werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen, wird es möglich sein, in Österreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

*Österreich ist umzubilden
in einen demokratischen **Nationalitätenbundesstaat**.*

An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.

Sämtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

*Wir erkennen kein nationales Vorrecht an, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine **Vermittlungssprache** nötig ist, wird das Reichsparlament bestimmen.*

Der Parteitag als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Österreich spricht die Überzeugung aus, dass auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist; er erklärt feierlich,

dass er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt;

dass aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen können, dass insbesondere die Arbeiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation wie im Interesse der Gesamtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muss.“

(de.wikipedia.org/wiki/Brünner_Programm#Wortlaut

Otto Bauers linkssozialistische Kommentierung ist downloadbar via:

www.marxists.org/deutsch/archiv/bauer/1907/nationalitaet/31-programm.html)

Wie in einem Parallel-Panoptikum stützte sich in der Donaumonarchie die prioritär um ihre feudalen Privilegien und Pfründen besorgte Herrschaftsclique der Habsburger auf Adel und Priesterschaft. Jedenfalls war sie kein Partner sozialdemokratischer Volksgruppenpolitik. Autonom agierende, körperschaftliche Volksgruppennationen bzw. autonome nationale Selbstverwaltungskörperschaften als Solidargemeinschaften mit eher unscharfer, nationalstaatsterritorialer Abbildbarkeit und Kongruenz, das wollten sich weder die intellektuell und machsicherungsdynamisch überforderten Habsburger noch die alliierten Weltkriegs-Siegermächte zu eigen machen. Hinweis auf Reichsteile der Donaumonarchie und deren Volksgruppen-Mischung siehe www.donaumonarchie.com, de.wikipedia.org/wiki/%C3%96sterreich-Ungarn#Reichsteile_und_L.C3.A4nder

de.wikipedia.org/wiki/Österreich-Ungarn#/media/File:Austria-Hungary_(ethnic).jpg

de.wikipedia.org/wiki/Andrees_Allgemeiner_Handatlas#/media/File:Andree48-2.jpg

Subjektive Rückschau

Blicken wir auf jene fünftägige Großveranstaltung des Seliger-Bundes vor 50 Jahren in Hof/Saale zurück, worin der im späten 19. Jahrhundert fußende, volksgruppenpolitisch profilierte, programmatische Traditionsstrang der böhmisch-mährisch-österreichischen Sozialdemokratie eine prägende Rolle spielte: Vom 25.-29. August 1967 fand in der Stadt Hof ein internationaler Seliger-Kongreß statt: mit Teilnehmern aus westeuropäischen Ländern und von Übersee: Großbritannien, Norwegen, Schweden, Österreich, Westdeutschland und West-Berlin, Kanada, Neuseeland, Australien, Südafrika, Südamerika und anderen Ländern; einer kam aus Israel (Dr. Erich Spitz). Dabei bildete die 9. Bundesversammlung den Kern dieses Seliger-Meetings. Rot dekoriertes Rednerpult mit goldbesticktem Spruch: „lieber tot als Sklave!“ Adolf Hasenöhrli hielt die Begrüßungsrede und kam lobend auf „Landsmann Seebohm“ zu sprechen. Ernst Kern redete zum Andenken von Wenzel Jaksch (1896-1966) und verglich die Volksgruppenpolitik der sudetendeutschen Seliger mit den h-Moll-Klängen von Franz Schuberts „Unvollendeter“ Symphonie: eine Fahrt mit Unwägbarkeiten und parallel kontrastierendem G-Dur. Impliziert ein vager Appell an den Geist des Brünner Nationalitätenprogramms von 1899, eines der besten und schönsten Elaborate sozialdemokratischer Programmatik. Ergänzt sei, daß Wenzel Jaksch (1896-1966), der frühzeitig und engagiert vor Hitler gewarnt hatte und ins Exil gehen mußte, bereits beim Karlsruher SPD-Parteitag Ende November 1964 vom Schatten-Kanzler Willy Brandt auf seiner Schattenkabinetts-Elfer-Liste gestrichen worden war - „keinen Jakschbohm statt Seebohm“ (Spiegel 49/1964, p.31). Im Bundestagswahlkampf 1961 hatte Wenzel Jaksch noch zur SPD-Regierungsmannschaft Erich Ollenhauers gehört und war - just in case - als Vertriebenenminister vorgesehen. Diese Vorgeschichte war Seebohm beim Hofer Seliger-Kongreß bekannt. Der nationalkonservative Hans-Christoph Seebohm (1949-66 Bundesminister für Verkehr, DP, ab 1960 CDU) war Oberschlesier, kein gebürtiger Sudetendeutscher, doch mit viel Verwandtschaft in Nordböhmen. Als Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft erinnerte er warmherzig an Josef Seliger, Wenzel Jaksch und alle ihm wohlbekanntem, „alten Sozialdemokraten“ usw. („Der Stil der Rede reizte, die polemische Frage zu stellen, weshalb Seebohm nicht selber Sozialdemokrat geworden ist“: Anmerkung der OVZ-Redaktion, 26.8.1967). Seebohms Auftritt wirkte sensationell. Mit der ikonischen Berufung auf die

Persönlichkeit Josef Seliger bewegte sich Seebohm innerhalb eines bestimmten, volksgruppenpolitisch programmatischen Szenarios, das einem nationalstaatsterritorialen Revanchismus mit deutschnationalen Rollback-Gebietsforderungen trotz *Münchener Abkommen* und Beneš-Dekreten entgegengesetzt war. Mit fünfspaltiger Seitenüberschrift titelte die *Oberfränkische Volkszeitung*: „Auch Hans-Christoph Seebohm beim Seliger-Treffen. Ex-Minister: „Was wäre unsere Volksgruppe ohne die Sozialdemokraten?“. Tags darauf karikierte Herbert Wehner (SPD) den Ex-Bundesminister Seebohm prompt als „Sonntagsredner“.

Die Seliger legten keinen Wert darauf, sich etwa als eine Massenorganisation zu präsentieren, obwohl sie damals eine Woche lang in der Hofer Innenstadt kaum zu übersehen waren. „Fünf große Tage...“ (Hofer Anzeiger, 29.8.67). „Hof ganz im Zeichen der Seliger-Gemeinde. Selten erlebte die Stadt einen so großen Zustrom an Menschen“ (OVZ, 29.8.67). Daß ich etliche Veranstaltungen dieser international bestückten Tagung als Redaktionsmitarbeiter der Oberfränkischen Volkszeitung (OVZ) journalistisch begleiten konnte, lag an der Urlaubsvertretungszeit. Ich mußte einspringen und war taktvoll zur Berichterstattung „verdonnert“ worden. Bis dahin war ich unpolitisch gewesen, in der Vorabiturzeit als Journalist tätig, lieferte Veranstaltungsberichte, redigierte, feilte an Kunst- und Konzertkritiken und verbrachte die übrige Freizeit meist mit Musizieren oder bei den Vertretern des „sprechenden Schachs“ im SC Hof 1892. Ein paar Nachkriegs-Infos über Vertreibungen und Vertriebene, die zum Vorverständnis dieser verschiedenen Seliger-Sessions vonnöten waren, konnten unter redaktionellem Zeitdruck nur in greifbaren Lexika, z.B. in der 16. Brockhaus-Ausgabe nachgelesen werden. Überschaubar wenige, unzureichende Background-Daten. Restriktiv wirkten zudem die typischen Setzerei-Bedingungen (‘gesunder` Bleisatz, Einpaßbarkeit des Text-Schiffs in die jeweilige Zeitungsseite, manchmal Spiegelschriftlesen der von Hand gesetzten Überschriften und Untertitel, bevor ein Abzug davon erstellt wurde).

Worum ging es 1967 bei den Seligern in Hof/Saale?

Vor allem wurde Deutschland- und Europa-Politik im Kontext tradierter Volksgruppen-Perspektiven und Volksgruppen-Nationen traktiert. Man debattierte über den inakzeptablen machtpolitischen Status quo angesichts des wahrnehmbar nahen, militarisierten Eisernen Vorhangs, räsonierte skeptisch über die Formel von „Deutschland als Ganzem“ in den von den alliierten Kriegsgegnern Deutschlands 1945 fixierten Grenzen vom 31.12.1937 und erörterte die Ad-hoc-Ergebnisse der in der Nachkriegszeit rigoros durchgesetzten, teils sowjetisch, teils nationalkommunistisch inspirierten Enteignungs-, Entrechtungs- und

Vertreibungspolitik. Die Seliger wandten sich 1967 in vielen Paraphrasierungen und Statements strikt dagegen, Kultur- und Volksdeutsche, Deutschstämmige und kommunistisch beherrschte Tschechen gegeneinander auszuspielen. Trotz systematischer Entrechtung und Vertreibung von über 90% der deutschen Bevölkerung, der zweitgrößten Bevölkerungsgruppe der Tschechoslowakei - Deutschböhmern und Deutschmähren bzw. „Sudetendeutsche“ - faktisch ab Sommer 1945, offiziell ab Januar 1946, parallel zur „wildem Aussiedlung“, tschechisch: divoký odsun, wodurch das ca. 800-jährige Zusammenleben von Deutschen und Tschechen völkerrechtswidrig beendet wurde. Trotz alledem: weder revanchistische Töne noch irgendwelche Gebietsforderungen wurden bei den Einzelveranstaltungen laut. Stattdessen Hinweise auf die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ (Stuttgart/Bad Cannstatt, 5. August 1950) und häufige Reprisen auf volksgruppenpolitische Basiskonstellationen. Siehe auch de.wikipedia.org/wiki/Charta_der_deutschen_Heimatvertriebenen www.kas.de/wf/doc/kas_22454-544-1-30.pdf?110406114811

Es dominierte ein defensiv-hermeneutischer Tenor bei den Seligern und die auf Vergeben und konstruktive Volksgruppenpolitik hinorientierte Einstellungshaltung. Pressekonferenzen mit den üblichen, vorgefertigten, polierten Referenten-Statements, Kundgebungen mit wuchtigem Frontalunterricht begleitet von Verlautbarungsjournalismus; all dies passierte erwartungsgemäß. Mehrere seinerzeit in Bonn akkreditierte, ausländische Journalisten und Pressekorrespondenten diplomatischer oder konsularischer Vertretungen waren im August 1967 nach Hof/Saale ins oberfränkische Vogtland gekommen. Zahlreiche deutsche und ein paar ausländische Abgeordnete westeuropäischer Länder machten ihren „Diener“ vor Bundes- und Staatsministern, Ministerialdirigenten, Staatssekretären und mancherlei Honoratioren (Präsidium der Seliger). In die Tagung eingeflochten waren eine Reihe kulturwissenschaftlicher und nationenübergreifend soziopolitischer Vorträge (z.B. zur böhmischen Kanzleisprache) und frappierend freimütig-kontroverse Diskussionen. Hauptsächlich europäische Problemlösungsperspektiven waren gefragt. Falls pauschal zulässig, darf man sagen: die Berichterstattung in den drei Hofer Tageszeitungen war der Komplexität der angesprochenen Thematiken des Seliger-Kongresses kaum gewachsen, zu wenig ausdifferenziert und viel zu honoratiorenlastig.

„nach Europa“ und weg vom Territorialnationalismus

Als Tendenz schien sich abzuzeichnen: das den Kultur- und Volksdeutschen nach dem I. und II. Weltkrieg von den Siegermächten verweigerte Heimat- und Selbstbestimmungsrecht aus der nationalstaatlichen Zwangsjacke heraus zu bugsieren und möglichst auf die

nächsthöhere Ebene, „nach Europa“ zu verlagern. Demgegenüber versuchten manche Seliger eher etwas Avantgardistisches als Weiterentwicklungsmöglichkeit der Vertriebenenpolitik zu denken: weg vom Territorialnationalismus, hin zu einem neuen Verständnis des Funktionsradius der vielen Volksgruppenationen, die ja nicht nur in Mittel- und Osteuropa so eng miteinander verschlungen sind, daß sowieso niemand territorial gerechte Grenzen durch sie hindurch ziehen könnte. Dies stellte einen argumentativen Gegenpol zur Sieger-Praxis nach beiden Weltkriegen dar: wo Grenzen teilweise gezielt mitten durch Volksgruppen hindurch gezogen worden sind. In nahezu allen Aspektierungen tauchte „Europa“ als attraktiv und projektiv aufgeladenes Schlüsselwort auf. Was in unsrer heutigen Zeit nicht viel anders ist: viele ethnische Minderheiten oder Volksgruppen erwarten von der supranationalen EU prinzipielle oder gar durchgreifende Hilfestellung. Mit der Prinzip-Hoffnung-Perspektive: was national-staatlich sowieso nicht optimierbar scheint, soll auf dem nächsthöheren Abstraktionsniveau, „auf EU-Ebene“ implementierbar sein. Von einem „derivativen Völkerrechtssubjekt“ soll die bessere Lösung „national“ anerkannter, ignoriertes, ggf. unterdrückter Ethnien bzw. Minderheiten und Volksgruppen herkommen. Obwohl die EU-Kompetenzkompetenz zur Gestaltung politisch-rechtlicher Zuständigkeiten bis auf weiteres bei den nationalstaatlich-staatsterritorialen, bisweilen auch eher restaurativ inspirierten EU-Mitgliedstaaten verbleibt. Dennoch ist die EU allemal besser als „Kakanien“ [die k.u.k. Österreichisch-Ungarische Doppelmonarchie ab 1867] bzw. „Cisleithanien“ (Österreichische Reichshälfte) und „Transleithanien“ (Ungarische Reichshälfte). Selbst wenn der viel zu spät arrangierte *Mährische Ausgleich* von 1905 mitberücksichtigt wird, der ohnehin nach dem I. Weltkrieg von den alliierten Siegermächten sofort wieder „kassiert“ wurde. Genese, Geltung und mehrseitige Ausbalancierung von Volksgruppenrechten, die dafür erforderlichen institutionellen, zwischenstaatlichen, politisch kreativen und soziokulturellen Interferenz-Akte sind bis auf sehr wenige Ausnahmen bislang Stiefkind des politischen Gestaltungswillens in Europa geblieben. Ausgenommen übrigens die EU-externe Schweiz (!). Ohne dies hier mit Literaturballast zu überfrachten, sei festgehalten: vereinzelte volksgruppenpolitische Beispiele sind in ideologisch weit auseinanderliegenden Entwürfen auffindbar. Abgesehen vom weithin ignorierten, sozialdemokratischen ‚Brünner Nationalitätenprogramm‘ von 1899 seien erwähnt: Vladimir I. Lenin {V. Ilyin} 1914 zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen/Völker (in: *Prosveshcheniye* 4, 5, 6); Leo Trotzki’s „Zimmerwalder Manifest“ (1915); Th. Woodrow Wilsons 14-Punkte-Programmatik (8.Jan.1918); zudem im „CCPR General Comment No.12“ von 1984: „The right to self-determination of peoples (Art. 1)“, ed. by Office of the United Nations High

Commissioner for Human Rights, Geneva, Switzerland; siehe auch Arndt Künnecke 2013/14: www.mruni.eu/upload/iblock/cba/JUR-14-21-1-04.pdf

„Jugendleiter“ und Jugendfunktionäre ohne Jugendliche

Kurios lief ein Treffen von „Jugendleitern“ und Vertretern sudetendeutscher Jugendverbände ab, anberaumt im Hofer Rotkreuz-Saal an der Ernst-Reuter-Straße: frappanterweise ohne einen einzigen Jugendlichen, das Podium komplett mit Funktionärsleuten bestückt. Daß sich dabei nichts Konkretes herauskristallisierte, war nicht verwunderlich (Hofer Anzeiger, 29.8.67, p.4). „Über die Methoden jedoch, die zur Wiedervereinigung und zum integrierten Europa führen sollen, differierten die Ansichten der Diskussionsteilnehmer gewaltig“ (OVZ, 29.8.67, p.9). Vergeblich lag ich mit meiner Frage auf der Lauer, wieviele sudetendeutsche Jugendliche gegenwärtiger und künftiger Generationen wohl auf ihr ererbtes Heimatrecht pochen würden, wenn sie aus heiterem Himmel vor die Rückkehr-Entscheidung gestellt würden. Davon abgesehen hatten die Seliger ein abwechslungsreiches, sorgfältig abgestimmtes Rahmenprogramm mit Dichterlesungen, Podiumsdiskussion mit Jugendverbänden, Kammermusik der Klassik und Romantik (in der Hofer ´Gartengesellschaft`), sowie eine aus öffentlichen Mitteln bezuschußte Zonengrenzfahrt arrangiert.

Amüsan war ein Empfang der Stadt Hof im Kleinen Rathaussaal.

Wozu der Hofer Oberbürgermeister Hans Högn eingeladen hatte. Daran kann ich mich deshalb noch entsinnen, weil am Rathausportal zwei Polizisten der Hofer Stadtpolizei in weißer Paradeuniform Spalier standen und jeder/m Eingeladenen treppauf beim Eintreten filmreif salutierten. An Bruno Kreisky (SPÖ-Vorsitzender), Bruno Kalniņš (als Vertreter der exilierten sozialdemokratischen Parteien Mittel- und Osteuropas), Karl Kern, Ernst Paul, Adolf Hasenöhr, Herbert Hupka (damals SPD-Mitglied) und Volkmar Gabert (MdL im Bayerischen Landtag) erinnere ich mich noch recht gut. Nicht minder an Herbert Wehner, Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen. Auch an ein Bonmot von Stig Lundgren, der in seinen Ausführungen den Übergang zum Rechtsverkehr in Schweden erwähnte und meinte: „Die Schweden geben damit eine symbolische Bestätigung, daß sie sich an den Gedanken gewöhnen, Europäer zu sein“. Bruno Kreisky war 1967 noch Oppositionsführer in Österreich. Von allen Sozialdemokraten, die ich seither persönlich kennenlernte, einschließlich Willy Brandt, hat Kreiskys Kommunikator-Image und seine argumentativ flüssige, politisch-pragmatische Problematisierungskunst bei mir den positivsten Eindruck hinterlassen. Seine Sprecher-Performanz war in meiner Wahrnehmung auch vergleichsweise dezenter, sympathischer und

umgänglicher als diejenige Herbert Wehners, der Ende der 1960er und in den 1970er Jahren mehrfach als Kundgebungsredner im oberfränkischen Vogtland aufgetreten ist. Herbert Wehner, zuckerkranker Pfeifenraucher, schien mir der Inbegriff eines parteipolitischen Willensmenschen zu sein. Nach längeren öffentlichen Reden mußte er meist von seiner Stieftochter Greta Burmester massiert werden. Gewöhnlich stenographierte sie Wehners Reden mit, routinemäßig sogar Wehners Gespräche, sofern er sie nicht ein klein bißchen unwirsch aufforderte, gestisch, weniger artikulatorisch explizit, dies mal sein zu lassen. Ihren Stiefvater hat sie rund um die Uhr betreut. Das war auch 1967 in Hof beim Seliger-Kongreß so.

Wehner wirkte stets authentisch, physisch und phonatorisch fast überfordert, zumal sein lautes Martellato über „*Breslau, Gleiwitz, Oppeln ... sind deutsche Städte. Verzicht ist Verrat!*“, sicherlich nicht zum ersten Mal in der alten Hofer Freiheitshalle so gesagt, aber bei diesem internationalen Seliger-Kongreß mit internationaler Aufmerksamkeit einmal mehr bekräftigt. Im deutschlandpolitischen und im parteipolitischen Zeitgespräch der sechziger und siebziger Jahre spielte diese formelhafte Behauptungslogik über „*Breslau, Gleiwitz, Oppeln ... sind deutsche Städte. Verzicht ist Verrat!*“ eine emotionalisierende und mitunter zuordnungsentscheidende Rolle. Gilt auch für die **Bundestagsdebatte über das Konstruktive Mißtrauensvotum 1972**. Die formelhafte Redewendung „*Verzicht ist Verrat!*“ ist nicht nur außerparlamentarisch bei Vertriebenenverbänden oder in deutschnational geprägten Kreisen seit den 1960er auffindbar. Sie wurde in der Plenardebatte des Deutschen Bundestages am 26.4.1972 wieder aufgegriffen:

Dr. Barzel (CDU/CSU): „... Herr Bundeskanzler, Sie haben dann aber einen Vorwurf erhoben, den ich doch zurückweisen möchte. Sie haben im Zusammenhang mit ostpolitischen Debatten gesagt, hier / sei „Hetze“ getrieben worden, und das an die Adresse der CDU/CSU, und mit Vokabeln wie „**Verzicht**“ und „**Verrat**“.

Herr Bundeskanzler, wer so argumentiert, muß sich fragen lassen: Wer eigentlich hat diese Vokabeln in die politische Debatte in der Bundesrepublik Deutschland eingeführt?

(Lebhafter Beifall bei der CDU/CSU.)

Ich habe hier eine Festschrift, wieder von einem Kollegen, der sich / über Ihre Angriffe erregte, die „Festschrift zum Deutschlandtreffen der Schlesier, 7. bis 9. Juni 1963 in Köln“. Wie hieß es dort, meine Damen und Herrn, mit der Unterschrift von — ich sage es gleich, um hier keinen Witz [parlamentarisch üblichen Trick] zu machen;

die Sache ist viel zu ernst — Erich Ollenhauer, Willy Brandt [und] Herbert Wehner !? Ich zitiere:

*„Breslau, Oppeln, Gleiwitz, Hirschberg, Glogau, Grünberg — das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen. **Verzicht ist Verrat.**“*

(Hört! Hört! bei der CDU/CSU.)

Dr. Barzel (CDU/CSU) im Deutschen Bundestag, 26.4.1972, hier an Willy Brandt und Herbert Wehner gewandt:

„Das haben Sie unterschrieben! Diese beiden Vokabeln stammen doch nicht von uns! Sie haben sie in / die Debatte eingeführt. Ich denke, daß der Kollege Hupka Ihnen einiges [darüber] sagen könnte, mit welchen Aussagen, verbindlichen Aussagen Ihrer Partei Sie ihn in den Wahlkampf geschickt haben, um die Stimmen dieser Bürger zu sammeln; und hinterher das nicht mehr wahrhaben wollen, was Sie ihn haben versprechen lassen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU CSU.)“

Auf die plenumsrhetorisch vorgetragenen Tatsachenbehauptungen Dr.Barzels (CDU/CSU) aus der *„Festschrift zum Deutschlandtreffen der Schlesier, 7. bis 9. Juni 1963 in Köln“*, darin: *„Breslau, Oppeln, Gleiwitz, Hirschberg, Glogau, Grünberg - das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen. **Verzicht ist Verrat**“*, unterschrieben von Erich Ollenhauer, Willy Brandt und Herbert Wehner, ging Willy Brandt am 27.4.1972 im Deutschen Bundestag nicht ein. Er entgegnete auch nichts auf das von Journalisten insistierend berichtete Zitat [Willy Brandts]: *„Wenn Moskau Herrn Barzel hier entgegenkommen wollte, würde ich mich dagegen wehren“*. Willy Brandt wich der erforderlichen Aufklärung einer deutschlandpolitisch delikaten, von Journalisten keineswegs erfundenen Tatsachenbehauptung aus. Stattdessen speiste er Zwischenrufer mit der lakonischen Bemerkung ab: *„Glauben Sie, daß ich hier eine 17.-Juni-Rede halte?“* Ergänzt vom moderaten Nachsatz: *„Ich rede konkret von den Schritten, die wir unternehmen! Davon lasse ich mich nicht abbringen!“*(p. 10710 D). Die rhetorisch-despektierlich überbrachte Frage - *„Glauben Sie, daß ich hier eine 17.-Juni-Rede halte?“* – ließ durchaus die Hypothese zu, daß deutschlandpolitisch eine larvierte Einstellungshaltung vorliegen könnte.

„Erbe und Auftrag“ der SPD: Zum Kontext-Verständnis gehört **der deutschlandpolitischen Konsens** und **die Situierung der SPD** in den sechziger Jahren vor und während der *Großen Koalition* Kiesinger/Brandt: Die SPD war nicht nur in ihrem Bundesvorstand

deklamatorisch und programmatisch **gesamtdeutsch** ausgerichtet. Es galt für die übergroße Mehrheit ihrer Mitglieder. Auch 1967, im Jahr des Seliger-Kongresses, blieb die SPD dem Vermächtnis Kurt Schumachers verpflichtet und strebte nach der Wiedervereinigung **aller Teile Deutschlands** im Rahmen einer freiheitlich-demokratischen, rechtsstaatlichen und sozialen wie bundesstaatlichen Grundordnung auf europäischem, d.h. gesamteuropäischem Wege. Objektive Basis der Nachkriegszeit: die Siegermächte hatten am 5.6.1945 in ihrer „Berliner Erklärung“ unmißverständlich festgestellt, daß **die Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland** qua occupatio bellica einschließlich aller Befugnisse der deutschen Regierung, des Oberkommandos der Wehrmacht und der Regierungen, Verwaltungen oder Behörden der Länder, Städte und Gemeinden **nicht die Annexion Deutschlands bewirkt**. Es gab zwar keine zentrale Regierung mehr in Deutschland, wohl aber das Rechtssubjekt Deutschland als Ganzes in den von den Siegermächten bezeichneten Grenzen vom 31.12.1937. Das Kriegsziel der Alliierten war die bedingungslose Kapitulation der deutschen Streitkräfte gewesen, weder die Auflösung Deutschlands noch Gebietsabtretungen Deutschlands. Daraus resultierte auch und gerade nach Auffassung der Siegermächte, daß Deutschland weiter existierte und nicht nur in Gestalt zweier Gliedstaaten, wie der BRD (5.5.1955) und der DDR (20.9.1955). In ihrem **Antwortbrief** vom 22.März 1966 **auf den „Offenen Brief“ des SED-Zentralkomitees** vom 2.Februar 1966 bekräftigte die SPD die völkerrechtliche Disposition Deutschlands hinsichtlich seiner 1937er Grenzen samt Wiedervereinigungsanspruch: *„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist im Gegensatz zur Sozialistischen Einheitspartei der Auffassung, daß die Festlegung der deutschen Grenzen in den Postdamer Vereinbarungen der Alliierten bis zu einer friedensvertraglichen Regelung aufgeschoben worden ist, und daß Deutschland völkerrechtlich bis dahin als Ganzes in den Grenzen von 1937 fortbesteht“*. Vergleiche auch *„Erbe und Auftrag“*, das Motto des SPD-Parteitages im November 1964 in Karlsruhe. Alle Delegierten hatten die Deutschland-Umriss in den Grenzen von 1937 an der Stirnwand des Tagungsplenums in der Schwarzwaldhalle gut im Blickfeld.

Bild: Willy Brandt und Fritz Erler bei seiner Wiederwahl zum stellvertr. Vorsitzenden auf dem Parteitag am 27.11.1964 in Karlsruhe (Quelle. SZ) zit. nach www.150-jahre-



spd.de/meilensteine/104350/1913_geburt_von_fritz_erler.html

Fiktiver Exkurs: zwanzig Jahre später hätte die SPD dem SED-Zentralkomitee gegenüber allenfalls mit einer gequälten Portion Selbstironie im Hinblick auf Deutschland als Ganzes antworten können, beispielsweise so oder so ähnlich:

„Im `D` liegt das Wir-Gefühl. Zwar bedauern wir, daß das Damoklesschwert der Wiedervereinigung über Euch hängt. Realsatirisch handelt es sich lediglich um die Lebenslüge der Bundesrepublik. Bald werden die DDR-Anerkennungsbefürworter, Wiedervereinigungs-Opponenten und Zwei-Staaten-TheoretikerInnen die innerparteiliche Mehrheit bei uns bilden. Dann bedarf es nur noch der Herstellung eines bilateralen Integrations-Arrangements zwischen der BRD und der DDR. Wir schlagen vor, Mitteldeutschland in Ostdeutschland umzubenennen. Und das Wiedervereinigungsgebot wird im internationalen Einklang von der Geschichte längst überholt sein...“

1967 beim Seliger-Kongreß erlaubte sich niemand einen sarkastischen Schlenkerer aufs allgemeine deutschlandpolitische Credo. Zu Zeiten der Großen Koalition Kiesinger/Brandt galt die SPD als gesamtdeutsche Volkspartei, die sich ihrem „**Erbe und Auftrag**“ für **ganz** Deutschland stellt und **aktiv** auf die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts und der Menschenrechte **aller** Deutschen hinwirkte. Das deutschlandpolitische, freiheitlich-rechtstaatliche Profil der SPD war nicht auf Status-quo-Akzeptanzpolitik in Mitteleuropa ausgerichtet. Es baute nicht auf die tückische Annahme, daß mit einem Verhandlungsarrangement, das den Status quo optimal konkretisiert, künftig Konflikte und Spannungen zwischen Ost und West vermieden werden könnten, weil die sowjetische Langzeitstrategie gegen den Westen sich quasi von selbst ad acta legen würde. Auch das SPD-Ostbüro mit seinen von der DDR verhaßten „Schumacher-Agenten“ arbeitete 1967 weiter, umbenannt in "Referat für gesamtdeutsche Fragen"; erst 1971 wurde es aufgelöst, eine Außenstelle (de.wikipedia.org/wiki/Ostbüro_der_SPD#Geschichte) existierte in Berlin bis 1981. Weder die Zersetzungsarbeit des MfS, noch SPD-Interna und nicht zuletzt ab dem Moskauer Vertrag im August 1970 der damit zusammenhängende Verhandlungskontext zu weiteren Ostverträgen, die die deutschlandpolitische Metamorphose der SPD evtl. mit herbeiführten, können hier eingeflochten werden. Die SPD-Deutschland- und Europapolitik war 1967 grundsätzlich auf Wahrung der ererbten politischen Rechtspositionen in Bezug auf Deutschland als Ganzes ausgerichtet. Ansonsten war die SPD eine arbeitnehmerunterstützende und wirtschaftspolitische Interessen ausgleichende gestaltende Kraft, fortschrittlich technologiebejahend, auch was die friedliche Nutzung der Kernenergie betraf, leistungsbejahend und

sozialpolitisch effektiv. Keine Quotenpartei, ohne geschlechtsspezifische Privilegierung, Radikalisierung oder Randgruppen-Fixierung und im Hinblick auf konkurrierende Ideologien, Religionen und Weltanschauungen prinzipiell pluralistisch, konstruktiv-komplementär, aber intellektuell abendländisch und kultureuropäisch durchkomponiert. **Die SPD agierte auf der Folie des Godesberger Programms von 1959**, dies mehr oder weniger ausbalanciert. Irgendein marxistisches Credo schien parteipolitisch-programmatisch ein für allemal perdu. Die SPD wollte verkrustete Strukturen aufbrechen, unterdrückerische, demokratisch illegitime oder obsolet gewordene Herrschaftsstrukturen „überwinden“, nicht jedoch das politische System, auch nicht das parlamentarisch-repräsentative System: ohne die GG-verbürgte Grundordnung zu deformieren, ohne das staatliche Gewaltmonopol aus der demokratischen Legitimität herauszulösen. Ohne gesellschaftskonfliktstrategische Absichten, damit neue Ungerechtigkeiten kommunikationsstrategisch einkalkulierbar zu fördern oder gar zu etablieren. Dies implizierte die Bejahung des freien Mandats und die Ablehnung des imperativen Mandats und damit die Ablehnung rätendemokratischer Vorstellungen.

Cave: Was als „**Demokratischer Sozialismus**“ im **Godesberger Programm der SPD** umgriffen wurde, stellte eine innerparteiliche Kompromißformel dar und sollte nicht mit dem wortphonetisch gleichlautenden „Demokratischen Sozialismus“ der heutigen, neomarxistisch bis pragmatokommunistisch inspirierten SED/PDS-Linken verwechselt oder zusammengerührt werden. Der 1959 ebenso mutige wie moderne, komplementäre Konsens des "demokratischen Sozialismus" (als freiheitliches, rechts- und sozialstaatliches, demokratisches Kontrastprogramm zum kommunistisch-stalinistisch pervertierten Marxismus-Leninismus), beinhaltete eine synkretistisch zusammengesobene Tripolarität:

"Der demokratische Sozialismus, der in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt ist, will keine letzten Wahrheiten verkünden - nicht aus Verständnislosigkeit und nicht aus Gleichgültigkeit gegenüber den Weltanschauungen oder religiösen Wahrheiten, sondern aus der Achtung vor den Glaubensentscheidungen des Menschen, über deren Inhalt weder eine politische Partei noch der Staat zu bestimmen haben. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei der Freiheit des Geistes. Sie ist eine Gemeinschaft von Menschen, die aus verschiedenen Glaubens- und Denkrichtungen kommen. Ihre Übereinstimmung beruht auf gemeinsamen sittlichen Grundwerten und gleichen politischen Zielen." Aber diese zweifellos intelligente, politpragmatisch überzeugende, weit ausholende Tripolarität als "demokratischen Sozialismus" zu bezeichnen, war ungefähr so schlüssig und gut gemeint wie

weiland Πυθαγόρας von Samos, der die dem rechten Winkel gegenüberliegende Dreiecksseite unbedingt „Hypotenuse“ nennen mußte.

Mit dem Godesberger Programm sollten weder die Deutschen als ein deutsches Staatsvolk noch die deutschen Volksgruppen als Volksdeutsche oder Kulturnationsdeutsche marginalisiert oder pulverisiert werden. Das Eintreten für die gesamtdeutsche Nation rangierte unter der Rubrik „Die staatliche Ordnung“: „Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lebt und wirkt **im ganzen deutschen Volke**. Sie steht zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. In seinem Sinne erstrebt sie die Einheit Deutschlands in gesicherter Freiheit. Die Spaltung Deutschlands bedroht den Frieden. Ihre Überwindung ist lebensnotwendig für das deutsche Volk. Erst in einem wiedervereinigten Deutschland wird **das ganze Volk** in freier Selbstbestimmung Inhalt und Form von Staat und Gesellschaft gestalten können...“ Das Godesberger Programm war auch kein wilder Mix von beliebigen Ethiken, Ethnien, Essentials, Komponenten, Politideologien und Weltanschauungen, war kein additives, dissoziierendes oder indifferentes Multikulti. Gewiß hatten viele SPD-Mitglieder happige Verständnisprobleme mit diesem „DemoSoz“. Nicht nur Kommunalpolitiker gerieten ab und an ins Stammeln, wenn sie in der Öffentlichkeit nach dem „*Demokratischen Sozialismus*“ der SPD gefragt wurden. Schon zu Zeiten der GroKo Kiesinger/Brandt zog der Sack der Mitgliederpartei nach unten und nicht nach vorne. Aber etliche Jahre nach Akzeptanz des Godesberger Programms, jedenfalls in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre, war die SPD zur realpolitischen Volkspartei geworden, die antithetisch konkurrierende Konzepte in sich volksparteigemäß aufarbeitete und GG-relevant transformierte und seit der Nachkriegszeit vormalige Kommunisten und eine (mir en détail unbekannt) Anzahl ehemaliger Nationalsozialisten integriert hatte. Für die gesellschaftliche Kommunikation in Westdeutschland und West-Berlin war auch dies etwas Konstitutives. Mehrere Hofer Sozialdemokraten, die ich in den 1960ern kennengelernt hatte, waren in ihrer Jugendzeit mehr oder weniger stark bräunlich grundiert gewesen. Was keine lokale Hofer oder fränkische Besonderheit darstellte. Dazu keine Namen. Publizistisch nach wie vor auffällig erscheint jedoch, daß im Zeitfenster des Kabinetts Kiesinger/Brandt hauptsächlich Bundeskanzler Kurt Georg Kiesingers NSDAP-Mitgliedschaft (1933-45) skandalisiert wurde. Während beispielsweise die Bundesminister Horst Ehmke (an Hitlers Geburtstag 1944 in die NSDAP eingetreten), Erhard Eppler (NSDAP seit 1944), Karl Schiller (NSDAP seit 1937), Hans Leussink (NSDAP seit 1937) etc. von vergleichbaren Anfeindungskampagnen verschont geblieben sind. Auch die zwei FDP-Shootingstars beider Kabinette Brandt/Scheel, Hans-Dietrich Genscher (NSDAP

1945) und Walter Scheel (NSDAP 1941/42-1945) zählten in der öffentlichen Kontroverspublizistik zu den behüteten Glücksblumen.
Quelle: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/17/081/1708134.pdf>

SPD und SPÖ schienen mir Ende der 1960er Jahre nicht nur programmatisch und rational glaubwürdiger als in den 1980ern, sondern unzweideutig freiheitlich-rechtsstaatlich ausgerichtet, auf konstruktive und kooperative Weise den *Dritten Weg* zwischen Kapitalismus und Kommunismus suchend, intelligent und offen für neue politische Impulse, reformwillig und konsequent **antitotalitaristisch** zu sein. Ob und wie weit nationübergreifend volksgruppenorientiert, war weniger sicher zu beurteilen. Durch dieses vom Bund vertriebener deutscher Sozialisten und Sozialdemokraten organisierte, mehrtägige internationale Treffen im August 1967 in meiner Heimatstadt Hof wurde ich pro Sozialdemokratie beeinflusst. Wobei mir die *Via tertia* zur „neuen, besseren Ordnung“ zwischen freiheitlich dekoriertem, marktwirtschaftlich-westlichem Kapitalismus und überbürokratisiertem, stalinistischem Nationalkommunismus samt sowjetischem Staatskapitalismus wirtschaftspolitisch nicht klar nachvollziehbar gewesen ist, zugegebenermaßen. Als sympathisch empfand ich jedoch schon 1967, daß die SPD konsequent ohne homophon orchestrierten und territorial fixierten, deutschtümelnden Nationalismus auskam. Gleichzeitig ohne unterwürfige Preisgabe völkerrechtlich „ererbter“ Positionen, weil sie den staatsterritorial zerteilten Deutschen zeitgeschichtlich „auferlegt“ worden sind. Fatum.

Zumal die Auffassung Volkmar Gaberts überzeugte mich: „*Heimat- und Selbstbestimmungsrecht in Europa können nicht mit dem Nationalstaatsdenken des vorigen Jahrhunderts*“ [gemeint war das 19.] erreicht werden. „*Europäische Lösungen sind Voraussetzung*“ (OVZ vom 29.8.1967, S.9). Gabert war kein Sonderling; er vertrat keine vox clamantis in deserto. Unverklausuliert auch Bruno Kreisky mit der Forderung, die „Freiheit nicht auf dem Altar einer falschen Einigkeit“ zu opfern. „*Niemals und nirgends haben demokratische Sozialisten ihre Gegner verfolgt. Immer und überall, wo die Freiheit vernichtet wurde, wurden sie verfolgt ... Es gibt kein Sichwiederfinden zwischen dem demokratischen Sozialismus und dem totalitären Kommunismus*“ (Bruno Kreisky am 26.8.1967, vgl. *Hofer Anzeiger* vom 28.8.1967). Westdeutsche und Westberliner Sozialdemokraten traten gesamtdeutsch eindeutig und unisono für das Heimat-, Rückkehr- und Selbstbestimmungsrecht, ebenso für die Rehabilitation aller vertriebenen und entrechteten Deutschen ein. Gleichermäßen solidarisch trat die SPD für die Heimat-, Rückkehr- und Selbstbestimmungsrechte anderer vertrie-

bener und entrechteter Volksgruppen ein, z.B. für die vertriebenen *Ostpolen*. Das war glaubwürdig und respektfordernd.

„Etwa 12 bis 14 Millionen Deutsche und deutschstämmige Angehörige verschiedener Staaten zwischen 1944/45 und 1950 waren von Flucht und Vertreibung betroffen. Mehrere hunderttausend Menschen wurden in Lagern inhaftiert oder mußten – teilweise jahrelang – Zwangsarbeit leisten“ (nach:



de.wikipedia.org/wiki/Vertreibung#Potsdamer_Beschl.C3.BCsse_.E2.80.93_Grenzfragen).

Vgl. <http://www.z-g-v.de/zgv/fakten-und-hintergruende/die-geschichte-der-deutschen-vertriebenen/> und entsprechende Nachweise in Bernd Faulenbach, Die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße. Zur wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 51-52/2002),

www.bpb.de/publikationen/DTGNTT,0,0,Die_Vertreibung_der_Deutschen_aus_den_Gebieten_jenseits_von_Oder_und_Nei%DFe.html

Grafik nach www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Datei:Artikel_46038_bilder_value_1_fluechtlinge1.jpg

Zur *Chronik der Vertreibungen europäischer Völker im 20. Jahrhundert* siehe <http://www.z-g-v.de/zgv/fakten-und-hintergruende/vertreibungen-anderer-europaeischer-voelker/>

Das Hofer Seliger-Treffen 1967 bot deutschland- und europapolitisch, volksgruppenkulturell, künstlerisch, literarisch, sprachgeschichtlich, zudem parlamentarisch-politisch eine üppige Themen-Vielfalt des

interkulturellen und des unterdrückten Deutschtums zur Zeit des „Kalten Krieges“. Auch Mitglieder der katholischen Ackermann-Gemeinde und anderer Vertriebenenorganisationen besuchten die Veranstaltungen. Sicherlich blieb bei diesem internationalen *Seliger*-Kongreß 1967 einiges vage. Zum Beispiel die Referenz auf die konkreten Grenzen *Gesamtdeutschlands* vor dem Zweiten Weltkrieg. Das blieb oftmals - so mein persönlicher Eindruck - entweder einfach impliziert, oder taktvoll unexpliziert. Volksdeutsche Kulturtraditionen wurden unterschiedlich und wohl viel zu komprimiert adressiert: Volksdeutsche mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit, deutsche Sprachinseln und „Streudeutschtum“ in Osteuropa und darüber hinaus in zentralasiatischen und sibirischen Gebieten der UdSSR. Wer diese Daten und Details nicht kannte, konnte das verwickelte Gestrüpp kontroverser deutschland- und volksgruppenrelationaler Aspektierungen in den konkreten Äußerungen mancher *Seliger* im August 1967 kaum nachvollziehen. Eine klare Mehrheitsmeinung bezogen auf völkerrechtlich plausible Grenzen Deutschlands als Ganzem konnte ich beim internationalen *Seliger*-Bund vertriebener deutscher und deutschstämmiger Sozialisten und Sozialdemokraten nicht eruieren. Was mich zunächst verunsicherte; bis ich merkte, daß die Pointe bei den *Seliger*-Sozialdemokraten nicht in staatsterritorialen Grenzziehungen lag. Aus der Perspektive der kulturnations- und volksgruppenfixierten, sozialdemokratischen *Seliger*-Gemeinde kreisten etliche Diskussionen um die Grenzen des mehrfach geteilten Deutschlands samt abgetrennter, annektierter bzw. fremdverwalteter Gebiete, teils um das von den alliierten Siegermächten des Zweiten Weltkriegs willkürlich gesetzte Datum vom 31.12.1937, teils um den Gebietsstand Gesamtdeutschlands bzw. des Deutschen Reiches vor Kriegsausbruch 1939: bedeutet den Gebietsstand Deutschlands nach der bilateral wie international unbeanstandeten Rückgabe des Memellandes; also der Gebietsstand des *wiedervereinigten Deutschen Reiches* vom März 1939 bzw. vor Kriegsausbruch, Ende August 1939. Davon ausgenommen: die vorher erfolgte, völkerrechtswidrige Besetzung der „*Rest-Tschechei*“, der zentralen Areale Böhmens und Mährens, auch im März 1939. Mit der formelhaften, mehrgliedrigen Wortgruppe von „Deutschland innerhalb seiner Grenzen, wie am 31.12.1937 bestanden“, hatten die alliierten Siegermächte seit 1944/45 jedoch drei Gebietserwerbungen als „erledigt“ betrachtet: die Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, legitimiert durch die Volksabstimmung vom 10. April 1938 und die Verordnung vom 3. Juli 1938, zweitens die Abtretung des Sudetenlandes nach dem Münchner Abkommen (29.Sept.1938) am 10.Okt.1938, drittens die Rückgabe des Memellandes gemäß dem deutsch-litauischen Staatsvertrag vom 22. März 1939, also drei im Frieden manifestierte und legitimierte Gebietserwerbungen. Wobei zu

den Nutznießern der „Sudetenkrise“ und dem Münchner Abkommen auch Polen gehörte, das den polnisch-tschechischen Minderheitenvertrag von 1925 aufkündigte und am 1.10.38 die Abtretung der von Polen bewohnten Gebiete der ČSR erreichte (200000 Einwohner mit den Städten Karwin, Freistadt und Bogumin/Oderberg). „Unmittelbar danach rückten polnische Truppen in die *´wiedergewonnenen Gebiete`* ein, in denen alsbald eine Politik der Polonisierung einsetzte“(G.Rohde, *Kleine Geschichte Polens*, 1965: p.497). Dessenungeachtet: formale, völkerrechtlich definierte Grenzen können wohl kaum das entscheidende oder durchgreifende Exklusiv-Kriterium für die weitverzweigten deutschen Volksgruppen-Interessen in Europa, Russland und Zentralasien sein. Auch wenn Deutsche und Deutschstämmige zuunrecht während oder wegen des I. und II. Weltkriegs entrechtet, vertrieben, verschleppt, in prekäre, kaum jemals wiedergutzumachende Lebenslagen manövriert worden sind.

„Deutschland in den Grenzen von (...)“

Bei all jenen prima facie gebietsanspruchsverdächtigen Gesprächsaspekten über „Deutschland in den Grenzen von ...“ oder das Münchner Abkommen von 1938 blieb die Diskussionsperspektive bei den Seligern 1967 stets fokussiert auf das konstruktive Miteinander und Nebeneinander der beteiligten Volksgruppennationen, oder orientiert auf die interkulturelle und wirtschaftliche Konkurrenz der angestammten, seit Jahrhunderten legitim in ihrer Heimat siedelnden oder zwangsweise vertriebenen Volksgruppen. Kategorien wie „interkulturelles Deutschtum“ oder „Volksgruppen-Interferenz“ wurden nicht benutzt. Volksgruppenpolitisch gravierend erscheinen nicht nur die Gebietsverluste Deutschlands 1919/20 bis 1945/90 samt zuzuordnender Annexions-, Enteignungs-, Entrechtlichungs- und Vertreibungsgeschichte, sondern auch die Zerschlagung des Vielvölkerstaats Österreich-Ungarn nach dem Ersten Weltkrieg. Die Nachfolger-Republik „Deutschösterreich“ (12.Nov.1918 bis 21.Okt.1919) mußte im Vertrag von Saint-Germain (10.September 1919) mit Wirkung vom 16. Juli 1920 umfangreiche Gebiete abtreten. Wegen der charakteristischen arealsprachlichen Interferenzlage und komplizierten Volksgruppenverteilung, die sowohl den alliierten Siegermächten wie den Kriegsverlierern des I. Weltkriegs bekannt war, sei hier das von der Nationalversammlung der Republik Deutschösterreich (1918/19) angesichts der realen Bevölkerungs-, Kultur- und Sprachverteilung beanspruchte Staatsgebiet erwähnt mit Deutschböhmen samt den Städten Eger und Karlsbad, dem Sudetenland, dem deutsch besiedelten Nordrand von Böhmen und Mähren sowie Österreichisch-Schlesien,

den Einschlußgebieten/Sprachinseln Iglau, Olmütz und Brünn mit mehrheitlich deutscher Stadtbevölkerung im tschechischen Gebiet.



https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Der_Aufbau_der_Republik_Deutsch%C3%B6sterrreich.png

Zur territorialen Aufteilung Österreich-Ungarns: Ganz Galizien ging an Polen; Südtirol, Welschtirol und das Kanaltal an Italien. Auch Istrien wurde Italien zugeordnet. Die Bukowina wurde Teil von Rumänien. Teile der Untersteiermark sowie das Kärntner Mießtal und das Seeland gingen ans neue Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen. Westungarn wurde Teil von Österreich und erhielt den Namen Burgenland. Die Verwendung von „*Deutschösterreich*“ als Staatsname wurde gleichzeitig verboten; ab 21.10.1919: „*Republik Österreich*“. Böhmen, Mähren, Österreichisch-Schlesien und einige Gemeinden Niederösterreichs wurden der neu gegründeten Tschechoslowakei zugeschlagen. Das Selbstbestimmungsrecht der deutschsprachigen Bevölkerung im Sudetenland, der Deutschböhmern, die im Oktober 1918 eigenständige Provinzen gegründet hatten, wurde komplett ignoriert und unterdrückt. Der Mährische Ausgleich von 1905 von den alliierten Siegern als nichtexistent betrachtet. Bewußt, gezielt und mit destruktiver Delikatesse wurde neues Unrecht in die Welt gesetzt. Dazu zählt die kultur- und sprachpolitische Tschechisierungspolitik bereits ab 1918. Woraus u.a. die *Sudetendeutsche Frage* entstand.

(de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_in_der_Ersten_Tschechoslowakischen_Republik#Tschechisierungspolitik_ab_1918)

Als **Beispiel für eine volksgruppenpolitisch angemessene Regelung** gilt die *Südtirolfrage* bzw. die *Autonomie Südtirols*.

(de.wikipedia.org/wiki/Autonomie_Südtirols)

Nach Auffassung der meisten Seliger-Repräsentanten 1967 sind **Probleme von Volksgruppennationen nationalstaatsterritorial nicht lösbar**, auch nicht bei größtmöglicher Ausdehnung eines Staatsnationsgebildes. Zwei Beispiele sollen das plakativ zeigen:

de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_Polens#/media/File:Podział_administracyjny_I_RP.png **Größter völkerrechtlicher Machtbereich der Rzeczpospolita 1618**, nach dem Vertrag von Deulino mit dem Russischen Zarentum



Verwaltungskarte des Deutschen Reichs 1944

http://4.bp.blogspot.com/-sd3gEjttNNg/TZrJLqpK1_I/AAAAAAAAALLQ/_durIgf5Hlw/s400/verwaltungskarte_deutschesreich_1944.png

Koexistenz-Konkretisierung und ethnische Homogenisierung

Mit der „*Entspannungspolitik*“, der *Status-quo-Akzeptanzpolitik* und *Koexistenz-Konkretisierung*, bzw. mit der politmoralisch nicht selten pathetisch vorgetragenen „*Neuen Ostpolitik*“ der beiden Kabinette Brandt/Scheel (Oktober 1969 bis Mai 1974) ging die Plausibilisierung und Rationalisierung der von den alliierten Kriegsgegnern Deutschlands erzwungenen Annexionen als legitime und legitimierte De-facto-Realitäten einher. Die eher Kurt-Schumacher-orientierten, deutschlandpolitischen Einstellungshaltungen vieler, auch sozialdemokratischer und sozialistischer Vertriebener begannen sich von der SPD zu lösen. Ein volksgruppenpolitisch angemessenes Engagement zur Protektion deutscher Volksgruppen und ihren legitimen Projektionen auf Heimatrecht und Selbstbestimmung war in beiden Kabinetten Brandt/Scheel allem Anschein nach nicht eruierbar. **Keinerlei Modelle völkerrechtlicher Volksgruppennationen-Interferenz, nachbarschaftsnational sowie volksgruppen-transnational konstituiert**, anwendbar auch für Annexionsgebiete und kaum überschaubar vielen Volksgruppen-Mischgebiete in Europa, wurden entwickelt. Dies wäre aber sehr wohl eine angemessene, zu riskierende Aufgabe deutscher Reunifizierungs- und Volksgruppen-Politik gewesen. Stattdessen lieferten die beiden Kabinette Brandt/Scheel nationalfragmentarische Status-quo-Akzeptanzpolitik, Status-quo-Legitimierungs-, Konkretisierungs- und Stabilisierungspolitik, staatsnationale oder nationalterritorial inspirierte, kleinstdeutsche Restaurationskosmetik zur Annexionsplausibilisierung, die den ethnischen Homogenisierungszwecken östlicher Vertragspartner aus sowjetischen und nationalkommunistischen Domänen gut zupass kam. Auch wenn man gewillt ist einzuräumen, daß dies wohl nicht die Intention der sozialliberalen Ostpolitik gewesen sein dürfte. Die national-föderative Verpflichtung für **alle** Teile Deutschlands war Staatsziel und hatte Verfassungsrang. Verwoben mit dem traditionell interkulturellen, transnationalen Volksgruppen-Deutschtum stand sie aber aus der Wahrnehmungsperspektive vieler Vertriebener plötzlich zur Disposition. Obgleich die Siegermächte in alle damaligen westdeutschen Ostverträge ihre *Alliierten Vorbehaltsrechte* in Bezug auf Deutschland als Ganzes hineinschreiben ließen. Mit der formelhaften Wendung vom „*In-Einklang-Bringen der deutschen Politik mit den herrschenden internationalen Tendenzen*“, wurden Alleinschuld-Akzeptanz und maximale Annexionsforderungen im vorausseilenden Gehorsam ohne friedensvertragliche Gegenleistung übernommen und schöngeredet, ohne die

gesamtdeutsche Selbstbestimmungs- und Volksgruppenfrage innerhalb des von den Siegermächten selber definierten Territorialrahmens von Deutschland als Ganzem volksgruppeninterferenzgemäß zu formulieren, einzubringen, international persistent zu artikulieren, geschweige denn voranzubringen: Die Regierung Brandt/Scheel war weder darauf vorbereitet noch gewillt, Volksgruppen-Interferenzpolitik oder Volksgruppennationenpolitik für die unter Fremdverwaltung stehenden Teile Deutschlands zu formulieren. Die SPD griff den seit 1899 in der Sozialdemokratie programmatisch und progressiv verwurzelten, volksgruppenpolitischen Traditionsstrang nicht neu bzw. im entsprechend zeitgemäßem Design nicht neu auf. In den Ostgebieten überlebende Deutsche oder *Volksdeutsche* drohten dadurch noch mehr zu Aggressionsobjekten von Vertreiberstaaten zu werden, die ihre jeweiligen Kriegs- und Nachkriegsverbrecher bereits durch wirksame Amnestiegesetze rundum pauschal privilegiert hatten. Stichwort `Deutsche und Volksdeutsche in Polen`: Zwei Jahrzehnte lang nach dem Warschauer Vertrag, bis 1990/91, wurde die Existenz der deutschsprachigen Minderheit vom polnischen Staat geleugnet. Also trotz des [am 17. Mai 1972 vom Dt. Bundestag ratifizierten] Warschauer Vertrags vom 7. Dez. 1970 (BGBl. 1972 II: 362 ff.). Erst nach Abschluss des Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrages vom 17. Juni 1991 erhielt die Deutsche Minderheit volle Rechte als Nationale Minderheit nach KSZE-Standard sowie eine Vertretung im polnischen Parlament (Sejm), wo sie seit 2007 mit einem Abgeordneten vertreten ist. Nur wenige Reste der deutschen Bevölkerung leben in den von Polen seit 1945 verwalteten und annektierten, ehemaligen deutschen Ostprovinzen seit den Vertreibungen (rhetorisch überpudert: „Umsiedlungen“) der deutschen Bevölkerung. Vertreibungskriterien: „Deutsche“, „Reichsdeutsche“ oder „deutsche Volkszugehörigkeit“ bzw. „Volksdeutsche“. Heute käme man wohl nicht umhin, solche Kriterien als rassistisch zu charakterisieren. (de.wikipedia.org/wiki/Bierut-Dekrete) Von 1955 bis 1959 kam es zu Familienzusammenführungen: ca. 250.000 Deutsche wurden nach West-Berlin, ca. 40.000 in die DDR umgesiedelt. Weitere Deutsche, „*Autochthone*“ genannt, verließen Polen via Familienzusammenführung infolge des „Warschauer Vertrages“ von 1970. Bis 1989 gelangten insgesamt rund 1,2 Mio. Deutsche aus Polen und ihre Familienangehörigen nach dem Bundesvertriebenengesetz als Aussiedler in die BR Deutschland. Mittlerweile ist Deutsch in Polen eine anerkannte Minderheitensprache mit nicht zu vernachlässigenden Benachteiligungen (de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Minderheit_in_Polen).

Modernes Desideratum: Volksgruppen-Avantgardismus

Mehrere ausschlaggebende politische Argumente und Auffassungen des internationalen Seliger-Kongresses 1967 sind wohl als politisch fortschrittlich einzustufen: die nichtstaatsterritorial fixierte, auf friedlichem Miteinander und friedlicher Konkurrenz basierende, verantwortungsbewußt auf Heimatrecht und Selbstbestimmungsrecht gestützte, den aliirten Siegermächten gegenüber nicht-dezisionistische Situationsbeschreibung. Eine gesamtdeutsch undogmatisch offene und intelligente, europapolitisch kreative Zielvorstellung, die substantiell über die vorgegebene Ost-West-Dichotomie hinausging und worin Sozialdemokraten mit und ohne Vertreibungstraumata eine reale Defizienz im Internationalen Recht erkannt hatten: die Offenheit der Deutschen Frage als Volksgruppen-Frage. Das Fehlen de facto durchgreifender, kulturellnational durchsetzbarer Volksgruppenrechte für Deutsche bzw. Volksdeutsche vormals in kommunistisch-sowjetischen und nationalkommunistisch-staatssozialistischen Machtbereichen östlicher Vertragspartner, dort mittlerweile in formal demokratisierten bzw. herrschaftsform-modifizierten, nicht selten restaurativ-repressiven Vaterländern mit typischen Ein-Staatsvolk-Suprematien. Dies scheint das moderne Desideratum zu sein, das sozialdemokratische Politiker gesamtdeutscher Provenienz in die europäische und internationale Politik unaufgefordert einzubringen haben. In persönlichen Gesprächen mit einigen Repräsentanten der Seliger hatte ich den Eindruck gewonnen, daß Grenzziehungen – „wie sollen Grenzen gerecht durch mehrere Volksgruppen hindurch gezogen werden? Warum müssen Grenzen durch Volksgruppen gezogen werden?“ – im Hinblick auf Mitteleuropa und Osteuropa nicht selten in Frage gestellt wurden, weil die gewaltsame Herstellung ethnisch homogener Staatsnationen den Volksgruppen-Realitäten entgegengesetzt und keineswegs als unabdingbar anerkennungswürdige Status-quo-„Zwangsjacke“ erschien. In der deutschsprachigen Berichterstattung und Kommentierung wurde dieser konkrete Volksgruppen-Avantgardismus der vom internationalen „Seliger“-Bund beeinflussten Sozialdemokraten nicht aufgegriffen, sondern beiseite geschoben. Diese Art von Volksgruppen-Avantgardismus, paßte anscheinend nicht in die tagesaktuelle, politische Landschaft Ende der 1960er Jahre. Die politische Klasse deutschsprachiger Länder war an Modellvorstellungen und Problemlösungen zur staatsnationübergreifenden, zwischenstaatlichen Regulierung und transnationalen Relationsgefügen von Volksgruppenfragen und Volksgruppenrechten - Stichwort: „autonome bis bundesstaatlich eingebundene oder staatsübergreifende, nicht-sezessionistische Volksgruppenationen“ - oder gar am autonomen und oder selbstverwaltungskörperschaftlich Volksgruppen-

Avantgardismus vertriebener Sozialisten und Sozialdemokraten nicht interessiert. Wiederholungsfrequenz gleich Null. Persuasionsimpact approximativ gegen Null. Trotz tendenzieller persönlicher Glaubwürdigkeit der Seliger-Sozialdemokraten. Doch könnte das erheblich mit der schier aus der Persilschachtel gezauberten Öffentlichkeitsarbeit der seinerzeitigen Seliger zusammenhängen. Nur über die Dänen in Schleswig wurde ab und an mal was berichtet, z.B. bei Landtagswahlen in Schleswig-Holstein. Und innerhalb der DDR wurden die Sorben in der Ober- und Niederlausitz gefördert.

Eine Nachkriegsfrage transformiert sich

„Welche realpolitische Protektion und welchen körperschaftlichen Organisationsgrad brauchen deutsche Volksgruppen in der Diaspora von Ein-Staatsvolk-Nationen?“ Allgemeiner, europäischer oder globaler formuliert: „Welche realpolitische Protektion und welche organisationspolitische Gestaltungsfreiheit und Verfaßtheit brauchen grenzübergreifende Volksgruppen-Nationen in Interferenzgebieten von Ein-Staatsvolk-Nationen?“. Eine Gretchenfrage, die von Potsdam quer durch Europa und international bis zum Tempel der UNO reicht. Und selbst, wenn absehbar nur magere „Minderheitsrechte“ pragmatisch-politisch erreichbar sein sollten, wie müßten die dann beschaffen sein, damit sie nicht bloß auf dem Papier oder in digitalisierter Gestalt gut aussehen? Solche Fragen und Statements dürften zumindest in der EU an Brisanz, Einfluß und Überzeugungskraft gewinnen. Ähnlich der unter Sozialdemokraten in den sechziger und siebziger Jahren kursierenden Feststellung, daß man allein „mit der ‚Bergpredigt‘ keinen Staat machen kann“.